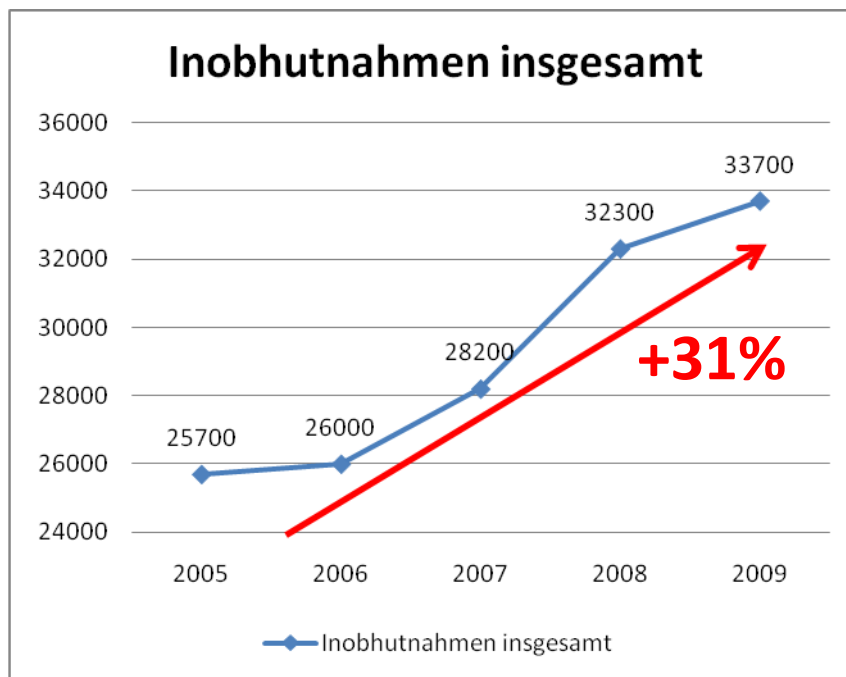


Fatima Algofy-Lewandowski
 Postfach 31 01 22
 10631 Berlin
 sara.lewandowski@yahoo.de
 Mobil 0178 7170581

Das Problem Jugendamt Die Politik muss handeln!

Die Zahl der sogenannten Inobhutnahmen durch Jugendämter ist in den letzten 5 Jahren um über 30 Prozent gestiegen. Bei den ganz Kleinen unter 6 Jahren haben die Inobhutnahmen sogar um über 75 Prozent zugenommen. **Die Eingriffsschwelle ist inzwischen deutlich zu niedrig, präventive Hilfen kommen dagegen viel zu kurz und sind nicht wirkungsvoll genug.**

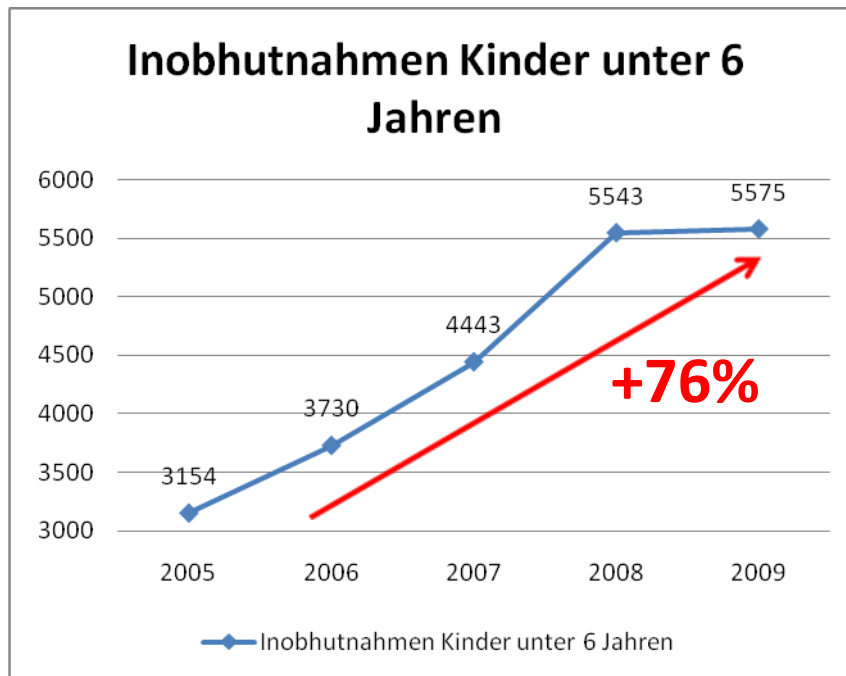


Quelle: Statistisches Bundesamt

Der öffentliche Druck und die Berichte über spektakuläre Misshandlungs- und Verwahrlosungsfälle führen dazu, dass die Jugendämter inzwischen viel zu schnell und voreilig Herausnahmen von Kindern durchführen. Die Zahl der Inobhutnahmen und Sorgerechtsentzüge ist dramatisch angestiegen. **Das lässt sich nicht mehr durch einen Anstieg der Fälle von Verwahrlosung erklären. Das lässt sich nur noch damit erklären, dass die Jugendämter lieber ein Kind mehr wegnehmen als eines zu wenig.**

Die Folge ist, dass die Definition dessen, was unter einer Kindeswohlgefährdung verstanden wird, immer voraussetzungsloser wird, weil jede Herausnahme mit einer Kindeswohlgefährdung gerechtfertigt werden muss. Dann werden plötzlich schon Probleme in der Schule, die man als alleinerziehende Mutter nicht sofort in den Griff bekommt, als Kindeswohlgefährdung definiert. Das bedeutet auch, dass

der staatliche „Wächteranspruch“ den Eltern immer mehr erzieherische Perfektion abverlangt. Damit wächst auch der Druck auf Eltern und Kinder. Statt aber wirkungsvolle Hilfen zu leisten und Familien und v.a. auch Alleinerziehende wirklich zu unterstützen, ist man sehr schnell dabei, den Eltern die Kinder einfach wegzunehmen.



Quelle: Statistisches Bundesamt

Jugendämter müssen kontrolliert werden!

Es fehlt ein strukturelles Korrektiv gegen die Deutungsmacht von sogenannten „Experten“ in solchen familienrechtlichen und -gerichtlichen Angelegenheiten. **Deswegen gibt es keine wirksame Kontrolle von behördlichen oder gerichtlichen Entscheidungen.** Bei mir wurde das an zwei Stellen besonders deutlich:

- Sowohl das Amtsgericht als auch das Kammergericht, bei dem ich Beschwerde eingelegt hatte, bezogen sich in ihren Begründungen zum Sorgerechtsentzug fast ausschließlich auf ein einziges Gutachten von „Experten“ und übernahmen deren Empfehlung eins zu eins, obwohl sie weder in der Lage waren, eine Diagnose zu stellen, noch vor Gericht gehört wurden. Damit entschied die Meinung von zwei „Experten“ in einem einzigen Gutachten über das Schicksal meiner Tochter und mir. Das Mindeste wäre, dass zwei unabhängige Gutachten eingeholt werden, und dass sich die Gerichte auch unabhängig davon versuchen, tatsächlich selbst ein Bild zu machen. Bei den Gerichtsverfahren, die ich führte, wurden weder mein Ex-Mann, noch der erwachsene Bruder meiner Tochter, noch die Kinderärztin, noch mein Hausarzt befragt. Aus Sicht der Gerichte scheint es rational im Sinne von kosten- und zeiteffizient zu sein, ein Gutachten in Auftrag zu geben und sich die gutachterliche Interpretation zu eigen zu machen. Faktisch ist das aber eine Verlagerung von Entscheidungen auf nicht legitimierte Sachverständige, gegen deren Interpretation eines Sachverhalts kein Korrektiv existiert.

- Das Jugendamt verlässt sich in Fragen des Umgangs zunehmend auf die Deutung der pädagogischen „Experten“ des Kinderheims, in dem meine Tochter untergebracht ist. Damit erhält aber ein Akteur in dieser Konstellation an Deutungshoheit, der ein eigenes Interesse verfolgt, das vom Wohl meiner Tochter unabhängig ist. Das Eigeninteresse des Heims besteht notwendigerweise darin, meine Tochter möglichst lange zu behalten, häufige Wechsel in den Kindergruppen zu vermeiden und ihre Finanzierung möglichst dauerhaft zu sichern. Daraus folgt auch, dass das Heim kein Interesse hat, mich und meine Tochter wieder zusammenzuführen. Im Gegenteil: In meinem Fall erweist sich zunehmend das Heim als treibende Kraft, die auf eine möglichst große Entfernung zwischen mir und meiner Tochter hinarbeitet. Das Jugendamt wiederum gründet seine Umgangsentscheidungen auf die Legitimationslogik, dem scheinbaren professionellen Sachverstand der Heimpädagogen zu folgen. Das Jugendamt beruft sich auf diesen pädagogischen „Sachverstand“, um seine Entscheidungen zu legitimieren, verhilft damit aber nicht unparteiischen, sondern klar eigeninteressegeleiteten Deutungen zu behördlicher Verbindlichkeit. Die Folge ist, dass die Umgangsentscheidungen des Jugendamts keineswegs notwendigerweise dem Kindeswohl entsprechen, sondern diesem ggf. sogar zuwiderlaufen.

Rückführung muss Ziel sein!

Statt darauf hinzuwirken, dass gerade in den zunehmenden Fällen, in denen der Herausnahme keine Verwahrlosung oder Misshandlung des Kindes zugrundelag, eine Rückführung zu den Eltern möglichst rasch in die Wege geleitet wird, unterbindet man systematisch Schritt für Schritt die Kontakte und entfremdet Eltern und Kinder systematisch immer mehr voneinander. Ich musste zunehmend den Eindruck gewinnen, dass niemand mehr daran arbeitete, dass meine Tochter wieder zu mir zurückkommt, obwohl sie sich das sehnlichst wünscht. Meine Tochter protestiert weiter gegen die Heimunterbringung, hat Wutausbrüche wie nie zuvor und nach wie vor die bekannten Probleme in der Schule und möchte wieder zu mir zurück. Statt auf aber auf eine Rückführung hinzuarbeiten, wird das Kind völlig unverhältnismäßig mit immer mehr Psychologen und Psychiatern drangsaliert. Gleichzeitig wurde die Umgangsregelung vom Jugendamt zunehmend als Druckmittel gegenüber mir und meiner Tochter instrumentalisiert.

Kinder und Eltern stark machen, nicht voneinander entfremden!

Aus der Struktur der Gesamtsituation ergibt sich, dass die Kinder als ganz natürliche Reaktion auf eine längere Heimunterbringung Beziehungen und Loyalitäten zu neuen Bezugspersonen im Heimkontext aufbauen. Bei einer zuvor bestehenden „gesunden“ Mutter-Kind-Beziehung hat dies an sich zwar nicht unbedingt gravierende Auswirkungen auf das aktuelle Eltern-Kind-Verhältnis. Meine Tochter liebt mich wie eh und je und möchte unbedingt wieder zu mir zurück. Allerdings sind genau dadurch natürlich potenzielle Loyalitätskonflikte strukturell angelegt. Damit diese potenziellen oder latenten Loyalitätskonflikte nicht zum Tragen kommen und das Kind belasten, gibt es eine Tendenz, gewissermaßen die ursächliche Situationsstruktur dadurch aufzulösen, dass man den Elternbezug durch konsequente Einschränkung oder Unterbindung der Elternkontakte schwächt oder gänzlich aufhebt. Und dort, wo Elternkontakt stattfindet, versucht man die totale Kontrolle darüber zu behalten, um jegliche „Einflussnahme“ der Eltern auf das Kind zu unterbinden. Daraus ergibt sich aber eine verheerende Asymmetrie zwischen den Eltern einerseits und dem Kinderheim andererseits, dass umso mehr die volle Einflussmöglichkeit zur Interpretation der Situation gegenüber dem Kind inne hat – und dies auch

noch in einer völlig intransparenten Art und Weise. Weder das Jugendamt noch das Gericht und schon gar nicht die Eltern können wissen, in welcher Weise die Kinder vom Heim beeinflusst werden, was das Heim den Kindern über die Eltern erzählt und über die Gründe dafür, dass das Kind die Eltern nur selten sehen darf. In meinem Fall erlebe ich das in der Entwicklung meiner Tochter ganz deutlich: Das Kind ist immer verunsicherter. Sie wird nicht ermutigt, sich ihre Meinung frei zu bilden und zu ihren Wünschen engagiert zu stehen. Im Gegenteil: Sie wird immer ängstlicher, zu ihrem Willen zu stehen. Im Extremfall werden die Kinder so durch ganz subtile Mechanismen auf konsequentes Betreiben des Heims Stück für Stück von den Eltern entfremdet. Und niemand merkt, was wirklich dahinter steckt. Denn selbstverständlich beteuert das Kinderdorf in den regelmäßigen Entwicklungsberichten immer, „im Sinne des Kindes den Kontakt zur Mutter zu unterstützen“. Ich empfinde das nur noch als Hohn.

Perspektiven schaffen statt Menschen stigmatisieren!

Statt mir tatsächlich auf gleicher Augenhöhe zu begegnen und mich in die Belange meiner Tochter tatsächlich einzubeziehen, höre ich seit zwei Jahren nur noch, was ich alles falsch gemacht habe, und muss erleben, dass man meine Anliegen nicht ernst nimmt, mich von oben herab behandelt und mich immer mehr von meiner Tochter fernhält. Das wiederum führt bei mir zu einer enormen psychischen Belastung, die durch die gesellschaftliche Stigmatisierung noch verstärkt wird. Ich empfinde das als systematische Ausgrenzung und Stigmatisierung, was aber niemanden zu interessieren scheint. Dazu kommt noch, dass sich Freunde und Bekannte von mir abgewendet haben und ich kaum noch Ansprechpartner habe, mit denen ich über all das, was ich erlebe und als ungerecht empfinde, reden kann. Ich möchte gar nicht wissen, wie viele Menschen es in einer solchen Situation der Schwäche in die Fänge irgendwelcher Sekten oder dubioser Vereinigungen treibt, die für die Probleme scheinbar ein offenes Ohr haben, aber tatsächlich nur die Schwächen der Menschen ausnutzen. Behörden, die die Menschenwürde alltäglich durch scheinbare Kleinigkeiten im Umgang mit den Menschen mit Füßen treten, treiben die Leute geradezu in die Arme solcher dubioser Menschenfänger. Ich widerstehe dem. Aber ich möchte nicht wissen, wie viele Menschen weniger reflektiert sind als ich. Heute habe ich in der „Zeit“ einen interessanten Artikel über die „Würde der Armut“ gelesen. Ein Satz hat mich besonders beeindruckt, weil er etwas so Naheliegendes auf den Punkt bringt, was leider von Behördenmitarbeitern häufig vergessen oder einfach ignoriert wird: „Mangel an Anerkennung führt zum Schwund der Selbstachtung, der nicht selten durch eine Art Emigration ausgeglichen wird, sei es intern (durch Krankheit oder Sucht) oder extern (durch Kriminalität oder politische Radikalisierung)“. Eine Demokratie muss ihre Bürger auch im Kleinen jeden Tag demokratisch behandeln. Und das erfordert Anerkennung, nicht Stigmatisierung.